

VERMERK

Herr Weidenhagen

Südring 2

34497 Korbach

Tel. 05631 954-1397

Thorsten.Weidenhagen@lkwafkb.de

Korbach, 12.12.2025

Fragestunde nach § 17 Geschäftsordnung des Kreistages am 19.12.2025

Beantwortung im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus, Mobilität und Bauen

Fragen des Kreistagsabgeordneten Stefan Ginder:

1. Frage – Konnektivitätsregister / kommunale Finanzsteuerung

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der kreisangehörigen Gemeinden haben ihre erhebliche Besorgnis über die finanzielle Entwicklung des Kreishaushalts 2026 geäußert. Vor diesem Hintergrund richten wir folgende Fragen an den Kreisausschuss:

Frage:

Wann plant die Kreisverwaltung die Einführung eines Konnektivitätsregisters, um belastbare und nachvollziehbare Kennzahlen zu den vom Land und Bund übertragenen Aufgaben (Pflicht- und Weisungsaufgaben) systematisch zu erfassen?

Antwort:

Eine solche Betrachtung der vom Bund und Land übertragenen Aufgaben wird nicht individuell beim Landkreis Waldeck-Frankenberg als Konnektivitätsregister geführt. Zielführender ist stattdessen, dass dieses Thema von den übergeordneten Verbänden, Hessischer und Deutscher Landkreistag bearbeitet wird, damit die Finanzausstattung besser wird und nicht beim Landkreis zusätzliche Ressourcen verbraucht werden.

1. Nachfrage:

Welche Gründe haben dazu geführt, dass dieses zentrale Instrument der kommunalen Finanzsteuerung bislang nicht eingeführt wurde bzw. weiterhin verzögert wird?

Antwort:

Siehe vorstehende Antwort zur Frage.

2. Nachfrage:

Welche konkreten Planungen bestehen, das Konnektivitätsregister im Rahmen der Einführung des „Digitalen Haushalts“ zu integrieren oder zeitgleich einzuführen?

Antwort:

Siehe vorstehende Antwort zur Frage.

2. Frage – Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit

Frage: Wie bewertet die Kreisverwaltung die aktuelle Prognose für Ergebnis- und Finanzhaushalt 2026 im Hinblick auf Haushaltsausgleich und Liquidität?

Antwort:

Der Haushaltsplanentwurf ist das Ergebnis der aktuellen Bewertung und Prognose für das Haushaltsjahr 2026. In Gesamtergebnisrechnung und Gesamtfinanzrechnung ab Seite 66 wird dargestellt, dass ein Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt nicht möglich ist und Liquidität über Kredite finanziert werden muss. Es wird daher auf die Darstellungen im Vorbericht und der Einbringungsrede des Landrates zum Haushalt 2026 verwiesen.

1. Nachfrage:

Welche strukturellen Defizite bestehen im Kreishaushalt, und welche Maßnahmen plant die Kreisverwaltung, um diese mittelfristig abzubauen?

Antwort:

Die Verwaltung hat sich bereits etlichen Themen zur Reduzierung zugewandt, was u. a. auch im Haushaltssicherungskonzept ausgeführt wird. Es gibt ein Personalcontrolling, Außenstellen werden wieder im Kreishaushalt zusammengeführt, um Büroflächen zu reduzieren; auch das Stichwort Desksharing ist hier zu nennen. Digitalisierung kann langfristig helfen, bindet aber zunächst erstmal Ressourcen.

Trotzdem ist insbesondere der Leistungsbereich der Transferaufwendungen strukturell unterfinanziert, da hier ausgezahlte Leistungen zum Teil erstattet werden, aber die Kosten der Leistungserbringung in großem Umfang vom Landkreis zu tragen sind.

2. Nachfrage:

Welche Risiken im Haushaltsvollzug 2026 wurden identifiziert (z. B. Personal, Sozialausgaben, Energie, Instandhaltung)?

Antwort:

Hier handelt es sich nicht um Risiken, sondern um eine sorgfältige Berechnung und natürlich auch Schätzungen, um die allgemeinen Entwicklungen von Tarifabschlüssen, Inflation und Preisentwicklung, Fallzahlentwicklungen möglichst im Haushalt annähernd abzubilden. Trotzdem ist der Haushalt nicht ausgeglichen.

Fragen des Abgeordneten Arno Lewandowsky

1. Frage – Kreisumlage & Belastung der Kommunen

Frage:

Mit welcher Entwicklung der Kreisumlage rechnet die Kreisverwaltung in den Jahren 2026 bis 2029?

Antwort:

Im Haushaltsplanentwurf, Gesamtergebnisrechnung ab Seite 66 wird eine erwartete Entwicklung dargestellt. Wir planen mit einer stabilen Kreisumlage von 38,01 v. H. bis 2029, allerdings wird sich die Höhe der Schulumlage, die kostendeckend zu erheben ist, von 14,84 v. H. um die 17 v. H. stabilisieren, da die Umlagegrundlagen wieder sinken werden. Diese Planungen stehen selbstverständlich unter dem Vorbehalt der angenommenen Entwicklungen.

1. Nachfrage:

Wie bewertet die Kreisverwaltung die finanzielle Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Gemeinden im Hinblick auf die geplante Höhe der Kreisumlage?

Antwort:

Zu dieser Frage verweisen wir auf die ausführlichen Darstellungen im Vorbericht, Ziffer 2.2 und die Vorlage zur Bewertung der Stellungnahmen der Städte und Gemeinden, die über den Sitzungsdienst für die Beschlussfassung des Kreistages zur Verfügung gestellt wurde. In der Gesamtschau halten wir die Beibehaltung des Gesamthebesatzes von Kreis- und Schulumlage für vertretbar.

2. Nachfrage:

Welche Alternativen zu einer Anhebung der Kreisumlage wurden geprüft?

Antwort:

Diese Anpassung des Kreisumlagehebesatzes ist bereits ein Kompromiss zwischen den Polen, also einem ausgeglichenen Haushaltsplan und noch größerer Verschuldung beim Landkreis, gar einer nicht genehmigungsfähigen Haushaltssatzung.

2. Frage – Pflichtaufgaben / Konnexität / Mehrbelastungen

Frage:

Welche durch Bund oder Land verursachten Mehraufwände belasten den Kreishaushalt 2026 besonders stark?

Antwort:

Zuerst kann man hier sicher von den Kosten für die Sicherstellung von Ganztagsangeboten in den Schulen und den Kosten der Eingliederungshilfe sprechen, d. h. natürlich auch den Sozialleistungen, also den Transferaufwendungen aus den Sozialgesetzbüchern. Aber auch Leistungen für Zivil- und Katastrophenschutz, Schülerbeförderung und ÖPNV oder den Öffentlichen Gesundheitsdienst, sowie die Kontrollbereiche Lebensmittel und Veterinär. Diese Aufgaben führen zu Transferleistungen, aber auch zu Personal- und Arbeitsplatzkosten.

1. Nachfrage:

Wie hoch ist der Anteil der Pflicht- bzw. Weisungsaufgaben im Haushalt 2026, die nicht vollständig gegenfinanziert sind?

Antwort:

Neben wenigen freiwilligen Leistungen des Landkreises (s. S. 53 f.) rd. 1,6 Mio. EUR, stehen im Gesamtergebnishaushalt Aufwendungen von rd. 395 Mio. EUR, Erträgen ohne Kreisumlage von rd. 227 Mio. EUR gegenüber. Im Saldo rd. 168 Mio. EUR, die nicht durch andere Zuweisungen und Erträge gedeckt sind, somit als Kreisumlage zu erheben wären.

2. Nachfrage:

Welche Gespräche mit Bund oder Land hat der Kreis geführt, um die entstehenden Mehrbelastungen zu kompensieren?

Antwort:

Zielführend und wirkungsvoll werden diese Gespräche nicht von einzelnen Landkreisen, sondern auf Landes- und Bundesebene sowohl durch die Verbände Landkreise, aber auch der Städte und Gemeinden geführt.

Frage der Abgeordneten Susanne Jahn-Nell

1. Frage – Personal & Verwaltungskosten

Frage:

Wie entwickelt sich die Personalkostenquote im Haushalt 2026 im Vergleich zu den Vorjahren?

Antwort:

Personalintensität = prozentualer Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen:

Ergebnis					Plan	
2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
18,55 %	19,01 %	18,29 %	17,53 %	18,77 %	18,57 %	18,35 %

1. Nachfrage:

Welche Stellenaufwüchse sind im Haushaltsplan 2026 vorgesehen, und wie werden diese fachlich begründet?

Antwort:

Im Haushaltsplan 2026 ist die Übernahme des Personals der DELTA Waldeck-Frankenberg GmbH mit 55,5 zusätzlichen Stellen vorgesehen.

2. Nachfrage:

Welche Maßnahmen zur Effizienzsteigerung oder Verwaltungsmodernisierung plant die Kreisverwaltung, um die Personalkosten langfristig zu stabilisieren?

Antwort:

Im Haushaltsplan 2026 ist die Übernahme des Personals der DELTA Waldeck-Frankenberg GmbH mit 55,5 zusätzlichen Stellen vorgesehen.

2. Frage – Digitalisierung / „Digitaler Haushalt“

Frage:

Wann wird der digitale Haushaltsentwurf vollständig eingeführt, und wie wird dadurch die Transparenz für Politik und Öffentlichkeit verbessert?

Antwort:

Der Haushaltsplan ist vollständig als Datei über die Homepage veröffentlicht. Die Berichterstattung nach § 28 GemHVO, die Quartalsberichte wurden bereits um Prognose und Kennzahlen erweitert. Diese Zahlen werden in einem ersten Schritt innerhalb der Verwaltung digital erhoben. Das Ziel diese Daten digital den Abgeordneten und Gremien und danach der Öffentlichkeit aggregiert zur Verfügung zu stellen wird weiterhin sukzessiv verfolgt. Für eine schnellere Umsetzung stehen die Ressourcen nicht zur Verfügung.

1. Nachfrage:

Welche Einsparpotenziale oder Effizienzgewinne erwartet die Kreisverwaltung durch die Digitalisierung der Haushaltssteuerung?

Antwort:

Eine Digitalisierung der Haushaltssteuerung bindet zunächst erstmal zusätzliche Ressourcen, um Berichtswesen und Prognosen aussagekräftig zur Verfügung stellen zu können. Das mit dem Buchhaltungssystem kompatible Programm IKVS soll dies digital abbilden und wir sukzessive eingeführt.

2. Nachfrage:

Welche Projektkosten entstehen für die Einführung des digitalen Haushalts und wie sind diese im Etat berücksichtigt?

Antwort:

Die Kosten sind anteilig bei den lfd. Lizenzkosten und bei den Personalkosten berücksichtigt, allerdings nicht auf dieses Projekt abgegrenzt veranschlagt, da die Einführung sukzessive neben den anderen Aufgaben erfolgt.